



ElektroIgel

August 2015

Vorwort	2
Was ging so?	3-9
Termine	10
Pressemitteilungen	11-25

Vorwort

Liebe alle,

Grüne Jugend Niedersachsen

in diesem E-Igel haben wir euch mal zusammengefasst, was seit der Frühjahrs-LMV im Verband so los war. Es gibt Berichte von Seminaren, Demos, Infos zur Asylrechtsverschärfung - die uns und sicher auch euch lange begleitet und mehr als verärgert hat. Dazu bekommt ihr noch einen Ausblick auf die anstehenden Veranstaltungen des Landesverbandes.

Viel Spaß beim Lesen

Euer Landesvorstand, Imke, Marcel, Svenja, Pippa, Timon, Clara, Johannes und Marie



Was ging so?

Bericht Global Marijuana March (09. Mai)

Am 9. Mai diesen Jahres fand wieder der alljährliche Global Marijuana March (GMM) zur Legalisierung von Cannabis statt. Bei dieser dezentralen Demonstration wird ungefähr zeitgleich (an manchen Orten weicht der Termin um wenige Wochen ab) in mehreren hundert Städten weltweit über die Folgen des Verbotes informiert und für eine rationalere Drogenpolitik geworben. Hannover war auch dieses Jahr eine von 27 Demonstrationen in Deutschland. Der GMM in Hannover wurde 2012 von der GRÜNEN JUGEND Hannover initiiert und wird seit 2013 von der Initiative „Ottmob“ getragen. Auch in diesem Jahr war die GRÜNE JUGEND wieder gut auf dem March vertreten. Etwa 20 GJ-Mitglieder aus ganz Niedersachsen waren angereist. Die GJ-Hannover war mit einem von 2 Paradowagen sowie mit einem Lastenfahrrad vertreten und sorgte für Getränke und musikalische Unterhaltung auf der Demo. Außerdem hielt die GJ-Niedersachsen die Eröffnungsrede zur Parade, die ihr [hier](#) erneut ansehen könnt.

Weitere Redebeiträge wurden etwa von den „Neuen Liberalen“, einer Cannabispatientin, der Piratenpartei sowie der Partei DIE PARTEI gehalten. Nach der Demonstration vom Opernplatz über das Steintor zum Trampplatz wurde vor dem alten Rathaus noch eine Musikbühne aufgebaut und den ganzen Abend mit Livebands gefeiert. Mit ca. 200-300 Teilnehmenden war der March dieses Jahr etwas kleiner als letztes Jahr. Wir hoffen, dass dies keine Trendwende darstellt und das Wachstum der letzten Jahre nächstes Jahr fortgesetzt werden kann. Nur mit konstantem öffentlichem Druck wird das Cannabisverbot abgeschafft werden können. In diesem Sinne: bis nächstes Jahr! Legalize it!

Bericht Kommunalkongress (15.-17.Mai)

Vom 15. Mai bis zum 17. Mai fand in Braunschweig unser Seminar zum Thema Kommunalpolitik statt. Teils in der Spielstube, teils im SUB fanden viele interessante Workshops und Vorträge statt. Mit ca. 20 Teilnehmer*innen aus ganz Niedersachsen diskutierten wir zum Beispiel über die Gestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen auf kommunaler Ebene, die Stellung von Frauen* und Transgender* oder bedeutsame Aspekte der Kommunalpolitik wie Bildung, Finanzen und Demographie. Ein Rhetorik-Workshop rundete das Seminar passend ab. Für vegane Verpflegung und ein unterhaltsames Abendprogramm war wie immer gesorgt.

Insgesamt war es ein schönes Wochenende mit vielen tollen Teilnehmer*innen und Referierenden, welches uns alle darin bestärkte, uns stärker auf kommunalpolitischer Ebene zu engagieren.

Bericht Strukturtreffen (14.Juni)

Am 14.6. trafen sich in Hannover eine Handvoll Menschen aus der GJN, die darüber diskutieren wollten, was in unserem Verband schon ganz gut klappt und wo es in der Arbeitsweise und den Strukturen noch hakt.

Dabei ging es unter anderem darum wie die GJN noch inklusiver, die Diskussionskultur noch toleranter gegenüber unterschiedlichen Meinungen und Ortsgruppenarbeit noch attraktiver für neue Mitglieder gemacht werden kann. Jeder, der schon mal in einer kleinen ländlichen Ortsgruppe mitgearbeitet hat kennt das Problem: Wie gewinnt man neue Mitglieder und wie sorgt man dafür, dass sie auch bleiben? Auf dem Strukturtreffen, haben wir einige Möglichkeiten für Ortsgruppen besprochen. Das Problem stellt sich aber leider nicht nur in kleinen lokalen Gruppen. Auch der Landesverband muss sich die Frage stellen, warum trotz hoher Mitgliederzahlen, beispielsweise die letzte LMV so schlecht besucht war. Diskutierte Vorschläge für Mitgliederwerbung und Mobilisierung waren zum Beispiel Geburtstagskarten, Treffen in Ortsgruppen, die extra für Neumitglieder beworben werden und verständlichere und barriereärmere Gestaltung von LMV und Webseite.

Viel Arbeit muss in der GJN auch noch in die Frauenförderung gesteckt werden. Auf der letzten LMV waren von 49 angemeldeten Menschen nur 20 Frauen und auch in der Beteiligung an der inhaltlichen Debatte ist noch viel Luft nach oben. Die GJN sollte hier die Förderung durch Rhetoriktraining und Ähnliches weiter im Blick behalten. Es sollte aber in der Kommunikation nicht von Anfang an "Rhetorik macht schwache Frauen* gegen Männer stark" vermittelt werden.

Viele Strukturen der GJN heben sie positiv von anderen Jugendorganisationen ab, doch sollten wir uns darauf auf gar keinen Fall ausruhen. Deshalb wird es auf der LMV ein weiteres Strukturtreffen geben in das ihr euch mit euren Vorschlägen und Ideen einbringen könnt.

Bericht Bildungsseminar (03.-05.Juli)

Genau in der Hitzewelle fanden sich Anfang Juli einige Mutige zusammen, um über das für uns als Jugendverband elementare Thema Bildungspolitik zu sprechen.

Freitagabend hatten wir einen schönen Seminarbeginn mit einem Workshop von Sven Goedde zur (Hochschul)Bildung nach 1945. Wir konnten einige überraschende Dinge erfahren, wie zum Beispiel, dass es sehr verschiedene Ideen zur Zukunft des deutschen Bildungssystems vonseiten der Alliierten gab und wir nur knapp daran vorbeigeschrammt sind, zu einem „Bauernland“ ohne große Bildungsansprüche zu werden.

Samstag hat uns Kevin Kunze in seinem Workshop die Disziplinierung durch Bildungsinstitutionen vor Augen geführt. Zum Thema Zugang zu Bildung und soziale Ausschlüsse hatte Laura Pooth einige schockierende Fakten und eigene Erfahrungswerte durch ihre Zeit als Hauptschullehrerin für uns dabei, die anschließende Diskussion war für uns alle sehr bereichernd.

Sonntag waren noch Julia Hamburg und Thorben Peters bei uns zu Besuch, um auf einem Diskussionsfrühstück mit uns über die Bildungspolitik zu sprechen.

Offener Brief & Asylrechtsverschärfung (02./ 03.Juli)

Am 2. Juli 2015 hat der Bundestag das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ verabschiedet. Auf der Landesmitgliederversammlung in Oldenburg Ende März wurde zu diesem Thema der Beschluss „Verschärfte Asylgesetzgebung verhindern!“ gefasst, der unter anderem zur Unterstützung der bundesweiten Kampagne des Bündnisses für bedingungsloses Bleiberecht aufruft. Im Folgenden soll noch einmal zusammengefasst werden, was an dem Gesetz zu kritisieren ist, wie das Gesetzgebungsverfahren abgelaufen ist und wie wir zu dem Thema in den letzten Monaten gearbeitet haben.

Im Dezember 2014 wurde der Entwurf für das Gesetz veröffentlicht. Da das Gesetz kein Zustimmungsgesetz, sondern ein Einspruchsgesetz ist, musste der Bundesrat der Verabschiedung nicht zustimmen. Bei Einspruchsgesetzen hat der Bundesrat lediglich die Möglichkeit Änderungsvorschläge zu machen, den Vermittlungsausschuss einzuberufen und ggf. Einspruch gegen die Verabschiedung einzulegen. Dieser Einspruch kann jedoch durch eine Mehrheit im Bundestag wieder überstimmt und verworfen werden. Da die Mehrheiten im Bundestag durch die Verhandlungen zum Gesetz gesichert wurden, gab es hier keine erfolgsversprechende Einspruchsmöglichkeit. Entsprechend wurde das Gesetz nach der Verabschiedung im Bundestag durch den Bundesrat am 10.7. lediglich durchgewunken. Dennoch wurden am 6.2. in der ersten Bundesratssitzung zu dem Thema, mehrere Änderungsvorschläge zu dem Gesetz verabschiedet, darunter einige aus Niedersachsen. Diese fanden jedoch keine bis sehr wenig Berücksichtigung bei den Verhandlungen.

Der Gesetzgebungsprozess im Bundestag begann mit der ersten Lesung des Gesetzes am 6.3. Hier stellte De Maizière den Entwurf vor und erklärte: „Dieses Gesetz enthält zwei klare Botschaften: Bleiberecht für gut integrierte und rechtstreue Ausländer einerseits und Aufenthaltsbeendigung für diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, andererseits.“ Und am Ende der Rede: „Gegen eine große Mehrheit der Bevölkerung lässt sich Flüchtlingspolitik nicht machen. Deswegen müssen wir um diese Mehrheit in der Bevölkerung nachhaltig werben und für sie eintreten. [...] Nur wenn wir klarmachen: „Wir schützen die wirklich Schutzbedürftigen, und diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind und tricksen und täuschen, werden mit Schutzbedürftigen nicht gleichbehandelt“, dann gewinnen wir die Herzen und die Köpfe der Mehrheit unserer Bevölkerung.“

Wie bei jedem Gesetz, wurde dieses Gesetz in der ersten Lesung an bestimmte Fachausschüsse verwiesen. Dort wird das Gesetz so umgebastelt, dass eine mehrheitsfähige Vorlage entsteht. Die zweite/ dritte Lesung, in der diese Vorlagen dann meistens verabschiedet werden, war zunächst für Anfang Mai angekündigt. Sie wurde dann jedoch immer wieder verschoben, da die SPD doch noch einige Änderungen wünschte.

In der Tat war eine Motivation des Gesetzes entsprechend des Koalitionsvertrages die Rechtslage und die Aufenthaltsbedingungen für langjährig Geduldete zu verbessern. Obwohl das jetzige Gesetz einige Verbesserungen für diese Menschen bringt, fehlt in diesem Zusammenhang einiges: Insbesondere wird von Pro Asyl kritisiert, dass vor allem junge Geduldete nicht von der Regelung profitieren, obwohl ein sicherer Aufenthaltsstatus während der Ausbildung extrem wichtig ist.

Des Weiteren gibt es viele kritische Punkte in dem Gesetz, die u.a. in der Stellungnahme von Pro Asyl nachzulesen sind: Durch das Gesetz soll die Abschiebehaft wieder auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Bisher entsprachen die Regelungen nicht einer EU-Richtlinie, die eine

definierte Fluchtgefahr als Grund für Abschiebehaft vorschreibt. Die Indizien für Fluchtgefahr, die nun im Gesetz festgeschrieben sind, treffen jedoch auf einen sehr großen Teil Geflüchteter zu, sodass eine massive Ausweitung der Abschiebehaft zu befürchten ist. Beispielsweise ist eine Haft möglich „wenn der Ausländer einen Mitgliedstaat vor Abschluss eines dort laufenden Verfahrens zur Zuständigkeitsprüfung oder zur Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz verlassen hat...“, womit das Dublin-Verfahren gemeint ist. Damit kann die Mehrheit der Dublin-Flüchtlinge inhaftiert werden, weil gerade für sie ja ein anderer Staat zuständig war. Weiter zu kritisieren ist der Ausreisegewahrsam, der unabhängig von rechtstaatlichen Mitteln (Haftgründen) bei Sammelabschiebungen verhängt werden kann, die Einreise- und Aufenthaltsverbote, die nun schon ausgesprochen werden können, nur wenn ein abgelehnter Asylantrag vorliegt, und die erweiterten Ausweisungsinteressen (u.a. zur Terrorismusabwehr), die z.B. politische Betätigung Geflüchteter erschweren können.

Pro Asyl schreibt, dass der Ausreisegewahrsam evtl. verfassungswidrig ist. Außerdem gibt es Bedenken, ob das Gesetz mit EU-Recht konform ist. Um gegen die Abschiebehaft vorzugehen, müsste ein Einzelfall (wieder) bis in die obersten Gerichte hochgeklagt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Wege hier gegangen werden können.

Als Landesvorstand haben wir zu dem Thema Pressemitteilung herausgegeben, die ihr weiter unten findet. Außerdem haben wir zur 2./3. Lesung einen offenen Brief an die SPD verfasst (den ihr [hier](#) findet), der u.a. von vielen GJ-Landesverbänden und einigen Flüchtlingsräten unterstützt wurde. Wichtig bleibt, in Zukunft insbesondere die Abschiebehaft weiter zu skandalisieren. Als Landesvorstand werden wir entsprechend weiter zu diesem Thema arbeiten.

Bericht LAK Anti-RA

Wie macht der LAK AntiRa weiter? Diese Frage haben wir uns im vergangenen Frühjahr auf der Landesmitgliederversammlung in Oldenburg gestellt. Immerhin kann die GRÜNE JUGEND mehr, als sich bloß in die Politik einzumischen. Stacheln zu zeigen heißt vielmehr auch, sich durch gemeinsames Diskutieren, Nachdenken und Lernen Erkenntnisse anzueignen. Diese hilft uns, die Welt besser zu verstehen und damit auch zu wissen, wie wir gern leben wollen. Es hilft uns auch zu wissen, welche Geschehnisse eine Gesellschaft in der Vergangenheit geprägt haben. Noch immer tragen wir die Konsequenzen nationalsozialistischer Verbrechen in der Gesellschaft mit uns herum. Eine wichtige Rolle, Erinnerung an die Vergangenheit am Leben zu halten, spielen dabei die Gedenkstätten. Die massenhafte Ermordung von Menschen in Auschwitz und anderen großen Konzentrationslagern sind hier die bekanntesten Beispiele. Dennoch gibt es auch noch immer blinde Flecken in der Geschichte, die dem Auge der Öffentlichkeit nur wenig Einblick ermöglicht haben. So wurden im Zuge der rassistischen Politik Nazideutschlands beispielsweise unzählige Menschen mit Behinderungen in sogenannten „Euthanasie-Programmen“ ums Leben gebracht. Am 25. Juli besuchten Mitglieder der GRÜNE JUGEND Landesverbände Niedersachsen und Bremen die Rotenburger Werke. Hier werden bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts Menschen mit Behinderungen untergebracht. In einer interessanten, aber auch schockierenden Führung erhielten wir viele Eindrücke darüber, was die Arbeit mit Bewohner_innen derartiger Einrichtungen in der Vergangenheit ausmachte und wie sich diese Arbeit bis in die Gegenwart auswirkt. Allein die Architektur des Geländes der Rotenburger Werke verdeutlicht, dass es in der Vergangenheit schon immer Bestrebungen gab, Menschen aus der Gesellschaft auszusperrern, weil sie in körperlicher

oder geistiger Hinsicht „anders“ gewesen seien und damit bis heute Gefühle von Unbehagen oder Lästigkeit hervorgerufen haben. Diese Praktiken gingen im Zuge der nationalsozialistischen Rassenpolitik so weit, dass auch in den Rotenburger Werken Bewohner_innen deportiert und ermordet wurden. Die Annahme, dass Behinderungen sowohl gesellschaftlich als auch genetisch unerwünscht seien, pflanzte sich auch in der Bundesrepublik Deutschland fort. So wurde uns während unseres Besuchs in Rotenburg von Fällen berichtet, in denen Angehörige ihre Familienmitglieder aufgrund ihrer Behinderung vor der Öffentlichkeit versteckt hielten oder die Heimunterbringung bis in die 1970er Jahre von entwürdigenden Praktiken oder gar Misshandlungen begleitet wurde. Auch die Vergangenheit der Rotenburger Werke und seine Teilnahme an der „Euthanasie“ wurde lange Zeit nicht aufgearbeitet. Durch aktives Engagement und Zeitzeugenarbeit wurde jedoch in Rotenburg ein Prozess in Gang gebracht, der diese Verbrechen jetzt stärker beleuchten soll. Was wir an jenem Wochenende vom regulären Betrieb der Rotenburger Werke gesehen haben, zeugt nicht mehr von unseren schrecklichen Eindrücken über die „Euthanasie“. Heute integrieren sich die Werke fortschreitend in die Stadt, um ihren Bewohner_innen ein möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen. Wir haben jedoch auch vermittelt bekommen, dass dies keine selbstverständliche Entwicklung ist, sondern aus der Erkenntnis gewonnen worden ist, dass sich die Vergangenheit aufgrund ihrer Verbrechen und des Leidens zahlreicher Menschen nicht wiederholen darf. Dass Behinderungen noch immer oft als fehlerhaft und lästig für die Gesellschaft angesehen werden zeigt, dass wir bei weitem noch nicht von einer wohl geschaffenen Akzeptanz sprechen können. Etwa die Debatten zur „Präimplantationsdiagnostik“, mit deren Hilfe bereits ungeborenes Leben auf erbliche Erkrankungen untersucht werden kann, verdeutlichen die Erhöhung des makellosen Menschen als Ideal in der Gesellschaft. Politische Bildungsarbeit ist nach wie vor ein wichtiges Element der Arbeit der GRÜNEN JUGEND. Nur durch die Vermittlung dieser und auch vieler anderer Erkenntnisse ist es möglich, unsere Vorstellungen über eine lebenswerte Gesellschaft zu formulieren und wir nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

Mehr Informationen zu den Rotenburger Werken findet ihr unter <http://www.rotenburger-werke.de/>

Bericht Methodenkompetenzseminar/ Sommercamp (31.07.- 02.08.)

Vom 31. Juli bis zum 1. August fand erstmalig unser Sommercamp statt – einerseits zur Förderung von Öffentlichkeits- und Aktionsarbeit in den Ortsgruppen der Grünen Jugend Niedersachsen. Andererseits nahmen wir aber auch an den Protesten gegen den alljährlichen Naziaufmarsch in Bad Nenndorf teil. Dieser fiel in diesem Jahr auf den Samstag unseres Seminarwochenendes. Am Freitag bereiteten wir uns darauf sowohl inhaltlich als auch praktisch vor. Zu Beginn beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit den Hintergründen und Akteuren des Aufmarschs, sowie mit der Gegeninitiative Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf. Nach einem gemütlichen Abend ums Lagerfeuer ging es dann gut vorbereitet zur Gegendemonstration und kreativen Protestaktionen in die Kleinstadt, die bis zum späten Nachmittag andauerten. Zum Ausklang tauschten wir uns über die Erfahrungen und Eindrücke des Tages aus. Zwar freuten wir uns darüber, dass der Aufmarsch zumindest verzögert werden konnte. Allerdings war das Vorgehen der Polizei in unseren Augen nicht angemessen und hat auch im Nachhinein aus mehreren Richtungen viel Kritik hervorgerufen. Am Sonntag folgten Workshops zum eigentlichen Schwerpunkt des Seminars. Hierzu setzten wir uns mit der Öffentlichkeitexpertin Susanne Eilers vom Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Grüne Jugend Niedersachsen

mit dem Thema Kommunikation auf der Straße, auch in Hinblick auf die Aktion unserer nächsten Landesmitgliederversammlung, auseinander. Am Nachmittag fand abschließend ein Workshop zu Flyergestaltung und Webdesign von Wilko Thiessen von Solid statt.

Dank der positiven Resonanz, die sich auch in der relativ hohen Teilnehmer*innenzahl widerspiegelte, würden wir uns darüber freuen, wenn das Sommercamp nächstes Jahr in dieser oder ähnlicher Form wieder stattfinden würde.

OG-Bericht aus Göttingen

Karl*a der Käfer is fucking angry!" oder "Kein Golfplatz am Drachenberg!"

Seit vielen Monaten läuft in Göttingen die Diskussion über einen 18-Loch-Golfplatz, der nach dem Willen von SPD, Verwaltung und Göttinger Sport und Freizeit GmbH (GoeSF) im Süden der Stadt entstehen und durch Privatinvestoren - ohne größere finanzielle Eigeninteressen selbstverständlich - finanziert und betrieben werden sollte. Die Planungen sind durch den geballten Widerstand von Zivilgesellschaft, Umweltverbänden und Politik - an dem sich auch die GJ Göttingen beteiligte - mittlerweile weitestgehend vom Tisch. Wobei das Thema "Golfplatz" schon seit vielen Jahren immer wieder aufflackert und die Funkstille wohl nicht lange halten wird. Der Drachenberg befindet sich auf dem ehemaligen Gelände einer mittlerweile renaturierten Bauschuttdeponie und wird von zahlreichen Anwohner*innen als Naherholungsgebiet genutzt. Teile der Fläche werden zudem ökologisch (aber auch konventionell) bewirtschaftet. Einige seltene und geschützte Tierarten kommen vor, wie Rebhuhn, Feldhamster, Zauneidechse und die Haselmaus. Deswegen formierte sich schon frühzeitig ein gemeinsamer Widerstand von Anwohner*innen und Umwelt- und Naturschutzverbänden, denen es auch gelang, weite Teile der Göttinger Lokalpolitik von der Unsinnigkeit der Golfplatzplanungen zu überzeugen (CDU/FDP, GRÜNE, Linke, Piraten). Ein Golfplatz wäre nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Katastrophe. Das konnten auch die Versuche der Golfplatzlobbyist*innen nicht übertünchen, die das Projekt konsequent als "Volksgolfplatz für alle" anzupreisen versuchen. Golf wird natürlich immer ein Luxus- und Elitensport bleiben, die geschätzten Ticketpreise für eine Runde betragen 50-70 Euro und wären damit nicht für alle Menschen erschwinglich gewesen, was ja einen "Volksgolfplatz" ausgemacht hätte. Auch die GJ Göttingen beteiligte sich an den Protesten: Wir besuchten gemeinsam mit Anwohner*innen und Vertreter*innen von Umwelt- und Naturschutzverbänden die GRÜNE Stadtratsfraktion und überzeugten diese sich frühzeitig gegen den Golfplatz zu positionieren. Wir verbreiteten die Online-Petition, die am Ende mehr als 6000 Unterstützer*innen fand. Wir initiierten einen Offenen Brief von insgesamt neun Jugendverbänden, die sich gegen eine Instrumentalisierung von jungen Menschen in der Golfplatzdebatte richtete. GoeSF und andere hatten immer wieder mit dem angeblichen Interesse von Schüler*innen und Studierenden argumentiert und versucht, Kooperationen mit Schulen zu knüpfen. Dasselbe galt für Vertreter*innen des Unisports. Das Herzstück unserer Protestaktionen war aber sicherlich der Auftritt von Karl*a dem Käfer. Gemeinsam sangen wir eine von uns geschriebene Neuinterpretation des Umweltbewegungsklassikers der Gruppe Gänsehaut vor dem Panorama des Drachenberges. Karl*a machte durch einen Bengalo ordentlich Stimmung gegen den Golfplatz und auch das Outfit der anderen ließ kreativen und lautstarken Protest erwarten. Doch Karl der Käfer macht jetzt fett Rabatz, er will hier keinen Golfplatz. Und die Käferfreunde von überall, machen

jetzt erst richtig Krawall, Karl der Käfer macht jetzt fett Rabatz, er will hier keinen Golfplatz. Und die Käferfreunde von überall, machen jetzt erst richtig Krawall, richtig Krawall, richtig Krawall... Das Video wurde begeistert aufgenommen und der Widerstand war letztendlich erfolgreich: Der Göttinger Stadtrat lehnte den Golfplatz am 16.7. bei Pro-Stimmen der SPD ab. Eins ist schon jetzt sicher: Wenn es einen neuen Versuch geben wird, einen Golfplatz in die Gegend zu planieren, wird Karl*a wieder auftauchen und zusammen mit vielen Käfer-Freund*innen ordentlich Rabatz und Krawall machen!

FCK GLFPLTZ!

<https://www.youtube.com/watch?v=OrijNJ9RG0k&feature=youtu.be>

<http://gj-goettingen.de/pm-offener-brief-veroeffentlicht-kein-golfplatz-in-geismar/>

<http://gj-goettingen.de/pm-golfplatz-klinisch-tot-spd-isoliert-sich-im-rat/>

Gender-Seminar

Vom **11.09 bis 13.09.15** wird im Grünen Büro in **Göttingen** (Lange-Geismar-Straße 73) das Gender-Seminar der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen stattfinden. Wir haben viele verschiedene Referent*innen eingeladen zu Themen wie *Antifeminismus im Netz, Sexismus oder Schönheitsidealen*.

Von FREITAG NACHMITTAG BIS SAMSTAG NACHMITTAG wird dieses Seminar ein REINES FRAUEN/INTER/TRANS*SEMINAR, um ein gezieltes Empowering zu schaffen. Ab SAMSTAGNACHMITTAG BIS SONNTAG MITTAG ist das Seminar OFFEN FÜR ALLE.

Weitere Infos gibt es per Mail über gjn-info.

Ablaufplan

Freitag:

16.00 - 17.00 : Ankunft

17.00 - 18.00 : Essen und Kennenlernen

18.00 -19.30 : Workshop Rente (Annika)

19.30 - 21.00 : Workshop Antifeminismus im Internet (Jasna Strick) → Danach Abendausklang

Samstag:

09.00 - 11.00 : Aufstehen und Frühstück

11.00 - 12.30 : Workshop zu Schönheitsidealen

12.30 - 13.00 : Pause

13.00 - 14.00 : Mittagessen

14.00 -15.00 : open Space (Texte lesen, Anträge diskutieren etc.)

Ab hier beginnt der offene Teil

15.00 -16.00 : Ankunft und Kennenlernen

16.00 – 17.00 : Bilder für „Wer braucht Feminismus“

17.00 – 18.30 : Workshop zu Sexismus (Verena Wetzel)

18.30 - 20.00 : Abendessen → Danach Abendausklang

Sonntag:

09.00 - 11.00 : Aufstehen und Frühstück

11.00 - 12.30 : Workshop 5

12.30 - 14.00 : Essen und Reflexion

14.00 - 15.00 : Aufräumen & Abreise

LMV-Vorbereitungsseminar 25.-27.09

Landesmitgliederversammlung 16.-18.10, Waldorfschule Bothfeld Hannover

Seminar zu gewaltfreier Kommunikation 13./14.11 in Göttingen

Themen- & LAK-Tag 27.-29.11 in Hannover

Netzpolitikseminar 11.-13.12

Pressemitteilungen

Flucht ist kein Verbrechen! GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine solidarische Asylpolitik

Oldenburg – Am vergangenen Wochenende fand der Frühjahrskongress der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN) unter dem Thema „Flucht und Asyl“ statt. Hier erarbeiteten die Mitglieder Gegenentwürfe zur Abschottungspolitik der EU und der Abschreckungstaktik der Bundesregierung, um Geflüchteten ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes und gleichgestelltes Leben zu ermöglichen. Die Versammlung wählte außerdem einen neuen Landesvorstand.

Marcel Duda, neu gewählter Sprecher der GJN, erklärt: „Geflüchtete, die in der Bundesrepublik ankommen, begegnen einer Vielzahl struktureller und sozialer Hürden. Es muss unsere Aufgabe sein, ihnen diese Hürden zu nehmen. Dazu gehören beispielsweise niedrigschwellige Hilfs- und Bildungsangebote sowie bessere Informationsangebote über Asylverfahren. Die Landesregierung muss strenge Mindeststandards für kommunale Unterkünfte setzen und die Kommunen bei deren Umsetzung unterstützen, wenn nötig auch über eine höhere Neuverschuldung des Landes. Selbstverständlich fordern wir außerdem auch weiterhin ein generelles Bleiberecht für alle Geflüchteten und werden uns jeder Abschiebung aktiv entgegenstellen, notfalls auch mit Blockaden.“

„Für ein faires Asylverfahren müssen Flüchtlinge allerdings erst einmal Europa und die Bundesrepublik erreichen“, ergänzt Imke Byl, neu gewählte Sprecherin der GJN. „Wegen der hochgerüsteten Außengrenzen, Frontex und dem Fehlen sicherer Fluchtwege nach Europa sind bereits zehntausende Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das ist ein aus humanitärer Sicht unhaltbarer Zustand. Es werden auch weiterhin Menschen vor Hunger, Krieg und Verfolgung fliehen. Abschottung und Abschreckung beseitigen diese Fluchtgründe nicht, sondern bringen Geflüchtete zusätzlich in Gefahr. Wir fordern deshalb ein durch die EU finanziertes Nachfolgeprogramm der Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“, die Möglichkeit, in Botschaften von EU-Mitgliedsstaaten einen Asylantrag zu stellen und die Schaffung legaler, sicherer Fluchtwege in die EU. Den rechtspopulistischen Stimmen, die eine weitere Abschottung fordern und dabei den Tod Tausender in Kauf nehmen, stellen wir uns entschieden entgegen!“

Neben der Befassung von Anträgen wählten die rund 80 Teilnehmer*innen auch einen neuen Landesvorstand. Imke Byl (21) und Marcel Duda (23) sind die neuen Sprecher*innen, Svenja Holle (21) wurde als politische Geschäftsführerin gewählt, ebenso Pippa Schneider (20) als Schatzmeisterin. Die vier neuen Beisitzer*innen sind Clara Kiesbye (18), Marie Forster (19), Timon Dzienus (18) und Johannes Kruse (21).

Grüne Jugendverbände kritisieren Hochschulministerin Gabriele Heinen-Kljajić - Hochschulgesetznovelle ist bloße Schönheitskorrektur statt echter Reform

Heute fand die Kabinetts- Pressekonferenz zur Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes statt, auf welcher die Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajić ihre geplanten Gesetzesänderungen vorstellte. Auch die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) und CAMPUS

GRÜN Niedersachsen (CGN) nahmen an der Pressekonferenz teil. Sofern es bei der vorgestellten Novelle bleibt, sehen GJN und CGN den Koalitionsvertrag als nicht erfüllt.

Svenja Holle, Politische Geschäftsführung der GJN, dazu: „Das, was die Ministerin uns hier als Stärkung der studentischen Mitbestimmung verkaufen will, erfüllt den Koalitionsvertrag nicht einmal annähernd. In diesem war noch die Rede von Studierenden, die als ‚gleichberechtigte Mitglieder Studium und Lehre an den Hochschulen mitgestalten sollen‘. Wir fordern die Landesregierung und besonders die Wissenschaftsministerin auf, endlich die Studierendenverbände ernst zu nehmen und eine wirkliche Novelle des Hochschulgesetzes voranzutreiben!“

Berit Schütze, Sprecherin CGN, dazu weiter: „Gleichberechtigtes Mitglied kann nur sein, wer auch gleichberechtigtes Stimmrecht hat. Dass Studierende in Hochschulgremien wie dem Senat völlig unterrepräsentiert sind und damit keineswegs an der Hochschulentwicklung teilnehmen können, wird durch die Ministerin schlichtweg ignoriert. Auch eine Zivilklausel, die Rüstungsforschung an Hochschulen verhindern soll, muss statt nur in den Zielvereinbarungen im Gesetz festgeschrieben werden. Die Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Landesregierung bieten keine Möglichkeit der Sanktion und sind damit praktisch wertlos. Die Hochschulgesetzesnovelle darf nicht zur Farce verkommen!“

Weil Menschenrechte Menschenrechte bleiben müssen - GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zur Teilnahme an Demonstration gegen geplante Asylrechtsverschärfung auf.

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) ruft zur Teilnahme der Demonstration gegen weitere Verschärfungen im Asylgesetz auf, welche unter dem Motto "Asyl ist Menschenrecht - Refugees Welcome" steht.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Mit ihrem Entwurf für ein neues Bleiberecht plant die Bundesregierung eine beispiellose Verschärfung des Asylrechts. Anstatt endlich die perspektivlosen Duldungsketten durch einen menschenwürdigen und verlässlichen Asylstatus zu ersetzen, wird durch den Entwurf die Diskriminierung und Kriminalisierung Geflüchteter vorangetrieben. Besonders die geplante Ausweitung der Abschiebungshaft ist eine gefährliche Entwicklung. Geflüchtete sollen beispielsweise inhaftiert werden können, falls "erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser" aufgewendet wurden. Da die Festung Europa in den meisten Fällen nur mit Fluchthilfe zu erreichen ist, bedeutet dies eine mögliche Inhaftierung für einen Großteil der Geflüchteten. Diese Ausweitung der Haftmöglichkeiten ist unhaltbar! Wir fordern vielmehr, die inhumane Abschiebehaft in Deutschland gänzlich abzuschaffen. Flucht ist kein Verbrechen!"

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: "Es ist für uns als GRÜNE JUGEND beschämend, dass große Teile der Asylrechtsverschärfungen der letzten Monate mit Zustimmung der Grün-Roten Landesregierung in Baden-Württemberg beschlossen worden. Für uns muss humanitäre Asylpolitik als Teil sozialer Gerechtigkeit ein ebenso starker Grundpfeiler Grüner Politik wie Ökologie sein. Wir fordern deshalb von der niedersächsischen Landesregierung ein entschiedenes Eintreten gegen weitere Verschärfungen des Aufenthaltsrechts. Dabei sollten alle möglichen politischen Mittel ausgeschöpft werden, falls nötig auch eine Klage in Karlsruhe gegen die aktuelle Planung, den Bundesrat nicht über das Gesetz abstimmen zu lassen. Eine Asylrechtsverschärfung von solcher Tragweite muss verhindert werden! Deshalb rufen wir alle Menschen, die für das Menschenrecht

auf Asyl eintreten wollen, auf, kommenden Freitag mit uns ein Zeichen gegen die neuen Gesetzespläne zu setzen."

Die Demonstration findet am 17.04 ab 17 Uhr am Steintor in Hannover statt. Der Demonstrationszug läuft durch die Innenstadt über die Ausländerbehörde zu einer Abschlusskundgebung am Protestcamp der Geflüchteten am Weißekreuzplatz.

Weiter Infos unter: <http://asylismenschenrecht.de/>

Hintergründe:

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzentwurf_zum_bleiberecht_wie_der_bundesinnenminister_das_asylrechts_durch_die_hintertuer_versch/

http://www.asylrechtsverschaeerfung-stoppen.de/?page_id=92

Let's legalise it! - GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zur Teilnahme am Global Marijuana March auf

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) ruft zur Teilnahme am Global Marijuana March am 9.5. in Hannover auf. Die jährlich stattfindende Demonstration fordert ein Ende des Cannabisverbots und eine Regulierung des Cannabismarktes.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN und Redner beim Global Marijuana March: „Die Zeichen der deutschen Drogenpolitik stehen auf Legalisierung. Gute Erfahrungen mit regulierten Cannabismärkten in vier US-Bundesstaaten haben dazu geführt, dass Teile von SPD, CDU und FDP ihre ideologischen Scheuklappen in drogenpolitischen Fragen langsam ablegen. Diese Entwicklung wünschen wir uns auch für Niedersachsen. Mit der Demo am 9.5. fordern wir deshalb auch den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius auf, den Koalitionsvertrag ernst zu nehmen und Schritte zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums nicht weiter mit gezielten Falschinformationen zu torpedieren.“

„Cannabis kann natürlich wie jede Droge zu körperlichen und psychischen Schäden führen.“, ergänzt Imke Byl, Sprecherin der GJN. „Allerdings sind die Folgen des Verbots deutlich schwerwiegender als die Schäden durch Cannabiskonsum. Während eine abschreckende Wirkung der Prohibition nie nachgewiesen werden konnte, sind die körperlichen Schäden durch Streckmittel und gesellschaftliche Schäden durch organisierte Kriminalität und fehlenden Jugendschutz gut erforscht. Echte Prävention und einen offenen Umgang mit Konsumproblemen kann es nur geben, wenn die Droge aus dem Tabu der Kriminalität herausgeholt wird. Davon profitieren Konsumierende, das überlastete Justizsystem und damit letztlich die gesamte Gesellschaft.“

Die diesjährige Demonstration beginnt um 12 Uhr am Opernplatz in Hannover, zieht zwischen 14 und 16 Uhr in Richtung Tramplatz und endet dort mit einem Abschlussevent, dessen Ende für 22 Uhr geplant ist. Am 25.4. findet außerdem ab 12 Uhr eine Mobilisierungsaktion am Kröpcke statt.

Keine Abschiebung in den Tod! - GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zur Demonstration für die Freilassung von Hamdi Abdallah auf

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) ruft für Sonntag, den 03.05. um 16 Uhr zur Demonstration für die Freilassung von Hamdi Abdallah auf. Die Demonstration beginnt an der S-

Bahn-Station "Flughafen" und führt nach einer Zwischenkundgebung an der Landesaufnahmezentrale zum Flughafen.

Dazu erklärt Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Wir verurteilen das Verhalten der Ausländerbehörde Cuxhafen aufs Schärfste. Eine Abschiebung in den Sudan bedeutet aufgrund der dortigen Repression gegen Oppositionelle den sicheren Tod. Sie ist mit dem grundlegenden Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit unvereinbar. Wir fordern die sofortige Freilassung von Hamdi Abdallah aus der Abschiebungshaft und die Anerkennung aller sudanesischen Flüchtlinge!"

"Dass die Abschiebungshaft angeordnet wurde, als der Betroffene die Verlängerung seines Ausweises beantragte, ist besonders zynisch.", ergänzt Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Diese Handlung zerstört jedes verbliebene Vertrauen von Geflüchteten in deutsche Behörden. Die Androhung von Abschiebungshaft sorgt ohnehin für ein dauerhaftes Klima der Angst, welches durch derartige Handlungen der Behörden nur noch verstärkt wird. Wir setzen uns weiterhin für eine generelle Abschaffung der menschenunwürdigen Abschiebungshaft ein. Kein Mensch ist illegal!"

Zum Hintergrund: Der sudanesische Oppositionelle Hamdi Abdallah befindet sich derzeit in Langenhagen im Abschiebegefängnis. Er muss dort auf seine für den 5. Mai 2015 geplante Abschiebung in den Sudan warten. Am 28. April 2015 hat die Ausländerbehörde Cuxhaven Hamdi Abdallah durch die Polizei festnehmen lassen, als er dort seinen Ausweis erneuern wollte.

Kein Fußbreit der AfD - Schluss mit Rechtspopulismus!

In den nächsten Wochen finden immer wieder Veranstaltungen der "Alternative für Deutschland" (AfD) in Niedersachsen statt, unter anderem in Lüneburg zum Thema "Zuwanderung" und in Göttingen zur "Inklusion". Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) und GRÜNE JUGEND Lüneburg (GJ LG) sehen diese Entwicklung in Zeiten brennender Geflüchtetenheime und der sich ausbreitenden rassistischen Grundstimmung als sehr gefährlich an.

Dazu erklärt ein Mitglied des Landesvorstands der GJN: „Es ist notwendig, sich der AfD entschlossen entgegenzustellen, denn sie verursacht durch ihre rechtspopulistische Stimmungsmache eine akute Gefährdung der Minderheiten in Deutschland. Mit Besorgnis nehmen wir wahr, dass die menschenverachtenden Thesen der AfD in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung auf fruchtbaren Nährboden stoßen. Eine demokratische Gesellschaft kann diese Ideologie der Ungleichwertigkeit nicht akzeptieren, sondern muss für Freiheit und Sicherheit all ihrer Mitglieder kämpfen. Kein Fußbreit dem Rechtspopulismus!"

„Dass die AfD Veranstaltungen organisiert, die rechtspopulistisches Gedankengut etablieren, können und wollen wir nicht akzeptieren. Für uns soll Niedersachsen eine weltoffene und tolerante Region sein, in der Platz für die verschiedensten Lebensentwürfe ist.“, ergänzt ein Mitglied der GJ LG. „Das von der AfD befürwortete "kanadische Einwanderungsmodell" lehnen wir entschieden ab, denn es basiert auf einer im Kern menschenverachtenden Humankapitalisierung: Menschen, die "qualifiziert" [und somit wirtschaftlich wertvoll] sind, dürfen ins Land, der "unqualifizierte" [wirtschaftlich wertlose] Rest nicht, weil dieser sonst "eine Art sozialen Bodensatz" (Zitat Bernd Lucke) der Gesellschaft bilden würde. Menschen sind für uns mehr als ein Teil der Wirtschaft und haben unabhängig von ihrer Herkunft dieselben Rechte verdient."

Es finden zahlreiche Kundgebungen gegen die AfD statt, die nächste ist am 6. Mai vor der Gaststätte "Adlerhorst" in Lüneburg. Kommt vorbei und lasst uns gemeinsam der AfD zeigen, was wir von ihr halten!

Rassistische Asylrechtsverschärfung am 70. Jahrestag der Befreiung – ein schlechter Scherz!

Am achten Mai jährt sich die Kapitulation der Nationalsozialisten zum siebzigsten Mal. Europa feiert an diesem Datum die Befreiung von einem faschistischen und antisemitischen Regime. Gleichzeitig wird momentan in Deutschland eine Asylrechtsverschärfung beraten, die von rassistischer und xenophober Grundstimmung massiv geprägt ist. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) verurteilt den Gesetzesentwurf und fordert die SPD und Bündnis 90/ Die Grünen dazu auf, das Gesetz mit allen Mitteln zu verhindern.

Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Die Einführung eines Grundrechts auf Asyl war eine Konsequenz aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs. Dass am 70. Jahrestag der Kapitulation nun mit den Stimmen von SPD und CDU ein Gesetz verabschiedet werden soll, das nach dem Asylkompromiss von 1993 die Grundrechte Geflüchteter noch drastischer einschränkt, ist unglaublich! SPD und CDU haben offensichtlich kein Problem damit, den 08. Mai als Gedenktag gegen den Faschismus zu feiern und gleichzeitig zu "vergessen", dass Asyl ein Menschenrecht und kein Gnadenrecht ist. Der Entwurf gießt die aktuell verstärkte, rassistische Grundstimmung der deutschen Gesellschaft in ein Gesetz und gibt damit dem Druck der Diskursverschiebung durch AfD und Pegida nach. Wer diesem rassistischen Gesetz zustimmt, hat auch 70 Jahre nach Kriegsende noch nicht verstanden, dass es keine Menschen zweiter Klasse gibt!"

Marcel Duda, Sprecher der GJN, weiter dazu: "Der Entwurf ist nicht nur unhaltbar, weil er eine starke Ausweitung der Abschiebungshaft vorsieht. Auch die schwammigen Formulierungen im Gesetzestext sind hochproblematisch und können dazu benutzt werden, Grundrechte massiv zu untergraben. So soll etwa eine Abschiebung möglich sein, wenn eine geflüchtete Person "eine andere Person in verwerflicher Weise [...] davon abhält, am wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben". Bei entsprechender Auslegung kann damit Betroffenen z.B. politisches Engagement verboten und das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit genommen werden. Anstatt vor dem Hintergrund brennender Flüchtlingsheime und tausender Tote im Mittelmeer den Schutz für Geflüchtete auszubauen, behandeln SPD und CDU sie als Rechtslose und Verbrecher*innen. Das ist nicht hinnehmbar!"

Hintergrundinformationen: Der Gesetzesentwurf befindet sich derzeit in den Ausschüssen des Bundestages. Im Juni soll die 2./3. Lesung stattfinden.

Der Entwurf: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804097.pdf>

PRO ASYL übt scharfe Kritik an dem Entwurf: http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/scharfe_kritik_an_gesetzentwurf_zum_bleiberecht_und_der_aufenthaltsbeendigung/

Hier die ausführliche Stellungnahme von PRO ASYL: http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2014/PRO_ASYL_Stellungnahme_zum_Referentenentwurf_Neubestimmung_Bleiberecht_und_Aufenthaltsbeendigung_5_Juni_2014.pdf

Lernfabriken...meutern! GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zur Teilnahme an Bildungsdemo auf

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) ruft für nächsten Mittwoch, den 20. Mai 2015 zur Teilnahme an der landesweiten Bildungsdemonstration "Lernfabriken ...meutern!" auf. Die Demonstration startet um 11 Uhr auf dem Opernplatz in Hannover.

Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft ist freie, selbstbestimmte Bildung. Durch das aktuell so beliebte Auswendiglernen, Anwesenheitspflichten und immer mehr Leistungsdruck entstehen garantiert keine mündigen Bürger_innen. Statt ökonomisierter Schulen und Hochschulen, die Menschen als Humankapital verwertbar machen sollen, brauchen wir endlich echte Bildung! Dazu muss die bundes- und landesweite Schul- und Hochschulgesetzgebung grundsätzlich überarbeitet werden und ein Wandel in der Gesellschaft erfolgen. Lasst uns dafür am Mittwoch auf die Straße gehen!"

Marcel Duda, Sprecher der GJN, weiter dazu: "Auf der Bildungsdemo kämpfen wir für viele elementare Forderungen an eine fortschrittliche Bildungspolitik: Schüler_innen, Auszubildende und Studierende müssen endlich bei ihrer Bildung mitbestimmen können! Das Bildungssystem muss soziale Gerechtigkeit und die individuelle Entfaltung aller Menschen fördern! Dazu muss die chronische Unterfinanzierung von Bildungseinrichtungen endlich beendet, aber auch die vorherrschende Defizitorientierung von Bildung aufgegeben werden. Für diese Ziele engagieren wir uns mit vielen anderen Akteur_innen in dem bundesweiten Bündnis "Lernfabriken ...meutern!".

Nehmen wir unsere Bildung selbst in die Hand – meutern wir die Lernfabriken! Lasst uns für eine Gesellschaft kämpfen, in der echte Bildung möglich ist!

Weitere Informationen:

www.lernfabriken-meutern.de

<http://www.gj-nds.de/beschluesse/beschluss/104-konzeption-einer-besseren-bildungspolitik-die-gruene-basisschule/>

<http://www.gj-nds.de/aktuelles/nachrichten/nachricht/848-aufruf-lernfabriken-meutern/>

<https://www.facebook.com/lernfabrikenmeutern>

Gegen schulischen Leistungsdruck - GRÜNE JUGEND Niedersachsen begrüßt neues Schulgesetz

Heute wird das neue niedersächsische Schulgesetz im Landtag abschließend beraten und beschlossen. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) begrüßt die Änderungen als Weg zu weniger Stress und Leistungsdruck in der Schule.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Das neue niedersächsische Schulgesetz ist ein wegweisender Schritt in Richtung einer inklusiven, selbstbestimmten Bildung. Mit der Rückkehr zum G9-Abitur erkennt das Land an, dass gutes Lernen Zeit und Muße braucht. Auch die Inklusivität des Schulsystems wird durch eine Stärkung der Gesamtschule, dem Ersetzen der Laufbahneempfehlung durch ein persönliches Beratungsgespräch sowie durch das Auslaufen einiger Förderschultypen deutlich erhöht. Wir hoffen, dass Rot-Grün den eingeschlagenen Pfad auch gegen

Grüne Jugend Niedersachsen

starke Widerstände konsequent fortsetzt. Nur mit echter Bildungsgerechtigkeit ist ein Schulfrieden möglich!"

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: "Auch wenn das neue Gesetz viele begrüßenswerte Verbesserungen enthält, ist das niedersächsische Schulsystem noch längst nicht optimal. Wir müssen Schule in Zukunft viel stärker als Raum der persönlichen Entfaltung begreifen anstatt uns auf starre Leistungsvergleiche zu beziehen. Wir möchten eine Schule, die Menschen eigenständiges Arbeiten und Denken lehrt und sie in der Entwicklung eines demokratischen und sozialen Bewusstseins unterstützt. Dieser Erziehungsauftrag ist wichtiger als die Vermittlung von bloßem Faktenwissen. Wir werden die zukünftige Schulpolitik vor diesem Hintergrund weiterhin kritisch begleiten."

Generalverdacht gegen links beenden - Verfassungsschutz abschaffen!

Gestern wurde bekannt, dass der niedersächsische Verfassungsschutz den Gewerkschafter Lennard Alldag aufgrund seines Engagements gegen Rechts sowie gegen Castortransporte beobachtete. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) kritisiert die Vorgehensweise des Verfassungsschutzes und bekräftigt ihre Forderung nach einer Auflösung der Behörde.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Die heute bekannt gewordene Überwachung eines Antifaschisten durch den Landesverfassungsschutz ist skandalös. Während die Bedrohung durch rassistische und rechtsextreme Gewalt in Deutschland unvermindert steigt, sieht der Verfassungsschutz die Gefahr immer noch links. Durch die unkontrollierbare Überwachung antifaschistischem Engagements wird der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit unter Generalverdacht gestellt und als "linksextrem" stigmatisiert. Damit spielt der Verfassungsschutz den Verfassungsfeinden in die Hände. Er gehört endlich aufgelöst!"

Imke Byl, Sprecherin der GJN, weiter dazu: "Geheimdienste stehen in Demokratien immer unter besonderem Rechtfertigungsdruck, da sie den demokratischen Idealen von Transparenz und Kontrollierbarkeit zwangsläufig widersprechen. Der Verfassungsschutz hat spätestens mit dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie seine Existenzberechtigung verwirkt. Eine Behörde, die eine schwammige Extremismusdefinition zur Diskriminierung radikaler Politik nutzt, anstatt konsequent gegen menschenfeindliche Gewalt vorzugehen, brauchen wir nicht!"

Keine Sonderrechte für Kirchen! – GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zu Kundgebung gegen Loccumer Vertrag auf

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) unterstützt den Aufruf der Humanistischen Union (HU) zur Kundgebung anlässlich der Feier des 60. Jubiläums des Loccumer Vertrags zwischen der evangelischen Landeskirche und dem Land Niedersachsen. Die Kundgebung wird am Dienstag, den 23. Juni um 17 Uhr vor dem Gästehaus der Landesregierung (Lüerstraße 5, Hannover) stattfinden.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: „60 Jahre Loccumer Vertrag sind kein Grund zum Feiern! In ihm sind die Finanzierung der evangelischen Landeskirche durch das Land Niedersachsen, die Einziehung von Kirchensteuern durch das Land und weitere Kirchenprivilegien festgeschrieben. Eine einseitige Kündigungsmöglichkeit für das Land ist nicht vorgesehen. Damit zementiert der Vertrag eine Verbindung zwischen Staat und einer Religionsgemeinschaft, die dem

Leitbild einer offenen, vielfältigen Gesellschaft widerspricht. Wir fordern die Landesregierung auf, sich für Verhandlungen zur Aufhebung des Vertrags einzusetzen!“

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: „Der Loccumer Vertrag ist nur ein Teil der weitgehenden Privilegierungen christlicher Kirchen in Deutschland. Noch immer haben Kirchen die Möglichkeit, ihre Arbeitnehmer*innen aufgrund des besonderen Kirchenarbeitsrechts auszubeuten oder ihnen aus eigentlich unvorstellbaren Gründen wie Homosexualität oder zweiter Eheschließung die Anstellung zu verweigern. Außerdem besitzen sie in einigen Regionen noch immer eine Monopolstellung bei der Bereitstellung sozialer Dienste. Da sie zum Beispiel keine Abtreibungen anbieten müssen, führt das zu einer problematischen Versorgungslücke. Dass diese sozialen Einrichtungen zumeist zu großen Teilen vom Staat finanziert werden, ist in der Hinsicht besonders irrwitzig! Zum sechzigjährigen Bestehen des Loccumer Vertrags fordern wir deswegen eine echte Trennung von Kirche und Staat!“

Hintergrundinformationen:

PM der HU zur Demo:

<http://www.humanistische-union.de/veranstaltungen/2015/detail/back/2015/article/demonstration-gegen-60-jahre-loccumer-vertrag/>

Beschlusslage der GJN zum Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften:

<http://www.gj-nds.de//themen/demokratie-und-recht/einzelansicht/199-kirche-und-staat-trennt-euch-endlich/>

Nach KZ-Gleichsetzung: GRÜNE JUGEND fordert Rücktritt von CDU-Fraktionschef Thümler

Die Grüne Jugend Niedersachsen (GJN) verurteilt die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Björn Thümler, in Dänemark und den Niederlanden müssten aufgrund der niedersächsischen Tierschutzpolitik in Zukunft „Gänse-KZs“ eingesetzt werden, und fordert dessen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz.

Dazu erklären Imke Byl und Marcel Duda, Sprecher*innen der GJN: „Die Aussagen von Herrn Thümler sind abscheulich. Eine Gleichsetzung von Massentierhaltung mit dem Holocaust relativiert die historische Einmaligkeit des Völkermordes der Nazis. Wer uns aufgrund unserer laizistischen Haltung zum Staat mangelnde gesellschaftliche Solidarität vorwirft und nur wenige Tage später die Opfergruppen der Nationalsozialist*innen beleidigt, handelt zutiefst scheinheilig. Dieses Verhalten ist nicht zu entschuldigen. Björn Thümler ist in seinem Amt nicht mehr haltbar und sollte zurücktreten.“

Skandal und Armutszeugnis! SPD will Asylrechtsverschärfung mittragen

Mit den Stimmen der SPD soll am Donnerstag im Bundestag das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ verabschiedet werden. Damit wird sich die SPD direkt verantwortlich machen für die massivste Verschärfung des Asylrechts seit 1993. In einem offenen Brief kritisieren mehrere Organisationen und Einzelpersonen das Verhalten der SPD und fordern sie auf, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Imke Byl, Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN) dazu:

Grüne Jugend Niedersachsen

"Insbesondere die geplante Ausweitung der Abschiebehaft ist ein Skandal. Dass Menschen, die vor politischer Verfolgung, Armut oder Krieg flüchten, jetzt massenhaft inhaftiert werden können, ist untragbar. Anstatt den Schutz und die Fürsorge für Geflüchtete zu verstärken, wird hier dem Druck der vermehrten Forderungen nach Bestrafung und schnelleren Abschiebungen von "Betrüger*innen"

und "Asylschmarotzer*innen" nachgegeben. Die SPD scheint nicht den Mut zu haben, dieser rassistischen gesellschaftlichen Stimmung entschieden entgegenzutreten. Vielmehr wird versucht, sich auf Kosten der Schutzsuchenden politische Mehrheiten zu sichern. Das ist ein Armutszeugnis! Wir fordern die SPD auf, klar Solidarität mit den Geflüchteten zu zeigen. "

Marcel Duda, Sprecher der GJN, weiter:

"Es ist erschreckend, dass das Gesetz in den letzten Monaten so wenig mediale Aufmerksamkeit bekommen hat, obwohl es massive Auswirkungen auf das Leben vieler Geflüchteter haben wird. Die SPD und die CDU scheinen das Gesetz ohne viel Aufsehen und nun im Schnellverfahren verabschieden zu wollen, um dann souverän Maßnahmen gegen die "tricksenden und täuschenden" Asylbewerber*innen vorweisen zu können. Das lassen wir uns nicht gefallen. Das Gesetz ist und bleibt untragbar! Es muss weiterhin öffentlich skandalisiert und kritisiert werden! Kein Mensch ist illegal! "

Diskriminierende Einlasskontrollen beenden! - GRÜNE JUGEND begrüßt Vorstoß der Landesregierung

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) begrüßt die geplante Änderung des niedersächsischen Gaststättengesetzes, die rassistische Diskriminierung an Diskotüren verhindern soll.

Dazu erklärt Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Vorhaben. Eine konkrete rechtliche Handhabe gegen diskriminierende Einlasskontrollen ist mehr als überfällig. Nach einer Änderung des Gaststättengesetzes könnten endlich die Betreiber*innen von Diskotheken für ihr rassistisches Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist ein wichtiger Schritt gegen Diskriminierung."

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: "Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit sind nicht nur eine Gefahr, die von rechtsextremen Kreisen ausgeht. Auch in der Mitte der Gesellschaft sind Diskriminierung und Ausgrenzung leider immer noch an der Tagesordnung. Der Vorstoß der Landesregierung thematisiert den Rassismus der Mitte direkt. Er ist damit auch als Diskussionsanstoß in Richtung einer offenen Gesellschaft sehr begrüßenswert."

Kommunen in die Pflicht nehmen! – GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert stärkeren Einsatz für Geflüchtete

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) begrüßt den gemeinsamen Entschließungsantrag der Rot-Grünen Landtagsmehrheit zur Öffnung von Sprachkursen für Geflüchtete und fordert ein finanzielles Anreizsystem für kommunale Flüchtlingsarbeit.

Dazu erklärt Imke Byl, Sprecherin der GJN: „Die Öffnung von Integrationskursen für Asylsuchende und Geduldete wäre ein wichtiger Schritt in Richtung besserer Teilhabechancen. Es wird höchste Zeit für die Bundesregierung, den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu sehen: Viele Schutzsuchende durchlaufen sehr lange Asylverfahren oder müssen mehrere Jahre mit einer

Grüne Jugend Niedersachsen

Duldung leben. Anstatt sich weiter darüber Gedanken zu machen, wie diese Menschen schneller und effektiver abgeschoben werden können, sollten sie die Möglichkeit zur Teilhabe und Inklusion bekommen, unabhängig von einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis. Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe!“

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: „Die Diskussion um eine Öffnung von Bundesprogrammen ist dringend notwendig, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Inklusionsangebote für Geflüchtete ehrenamtlich oder durch kommunale Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Eine weitergehende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land muss deshalb ein Ziel der Landesregierung bleiben. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen sollten Mittel vor allem an Kommunen fließen, die damit auch gute Arbeit für Geflüchtete machen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, finanzielle Zuweisungen an vielfältige und erfolgreiche kommunale Inklusionsangebote zu koppeln. Vorbildliche Kommunen müssen für ihr Engagement belohnt werden!“

Zum Hintergrund: Die Forderung nach gestaffelten Kostenerstattungen für kommunale Programme wurde zuerst vom niedersächsischen Flüchtlingsrat im Zuge der niedersächsischen Flüchtlingskonferenz im Februar erhoben. Die GJN schloss sich auf ihrer letzten Landesmitgliederversammlung zum Thema Asyl dieser Forderung an.

Beschlusslage der GJN:

<http://www.gj-nds.de/beschluesse/beschluss/814-gefluechtete-willkommen-heissen-strukturelle-diskriminierung-abbauen/>

Konferenzpapier des Flüchtlingsrates:

http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2015/02/fluechtlingsrat_konferenzpapier.pdf

2,5 Jahre Rot-Grün in Niedersachsen – Jusos und GRÜNE JUGEND ziehen positive Bilanz

Die niedersächsischen Landesverbände von Jusos und Grüner Jugend haben eine insgesamt positive Halbzeitbilanz zur rot-grünen Landesregierung gezogen. So sind auf zentralen Politikfeldern wie der Kultus-, Innen- oder Agrarpolitik klare Schnitte gegenüber der verfehlten Politik der schwarz-gelben Koalition gesetzt und Wahlkampfversprechen eingelöst worden. Dennoch sind sich Jusos und Grüne Jugend Niedersachsen (GJN) einig, dass es für die Landesregierung aus SPD und Grünen noch einiges zu tun gibt.

Dazu erklärt der Juso-Landesvorsitzende Leonard Kuntscher:

"Rot-Grün hat wirklich einiges erreicht. Die entschiedene Rückkehr zu G9, die dritte Kraft in Krippen, das Ganztagschulprogramm oder das Ende der Schünemann-Abschiebepaxis sind zentrale Erfolge, für die wir lange gekämpft haben. Eine größere Bestätigung, als dass die Opposition heute nicht mehr recht zu ihrem G8-Projekt oder dem CDU-Hardliner Schünemann stehen will, kann es kaum geben.

Dennoch ist das kein Grund für Rot-Grün, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Kennzeichnungspflicht für Polizeieinsätze muss endlich umgesetzt, das Versprechen der Wiedereinführung der Landeszentrale für politische Bildung eingelöst werden. Auch muss Rot-Grün einen Winterabschiebestopp einführen und den eingeschlagenen Weg einer humaneren Innenpolitik weitergehen. Hier darf sich das Land nicht aus der Verantwortung ziehen."

Grüne Jugend Niedersachsen

Imke Byl und Marcel Duda, Sprecher*innen der GJN ergänzen:

"Die Halbzeitbilanz der Rot-Grünen Landesregierung fällt gut aus. Mit ihrer sanften Agrarwende nimmt die Rot-Grüne Landesregierung bundesweit eine Vorreiter*innenrolle ein. Sie beweist, dass Ökonomie, Ökologie und Tierschutz vereinbar sind. Die Regierung muss diesen Pfad konsequent weitergehen, damit in Zukunft hohe Nitratbelastungen im Grundwasser und unnötiges Tierleid vermieden werden.

Nachholbedarf sehen wir unter Anderem in der Hochschulpolitik. Mit der Abschaffung der Studiengebühren wurde hier ein Grundstein für die inklusive Hochschule gelegt. Der aktuelle Gesetzesentwurf des Hochschulgesetzes muss jedoch um weitergehende wichtige Punkte wie die studentischen Vizepräsidentschaft erweitert werden, um dem unterstützenswerten Ziel einer demokratischen Hochschule gerecht zu werden.

Auch die angekündigte Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen lässt noch auf sich warten. Rot-Grün muss weiter bei den Oppositionsparteien dafür werben, diesen Schritt in Richtung einer größeren demokratischen Beteiligung von jungen Menschen endlich zu gehen. Der demokratischen Kultur im Land kann eine Absenkung der Altersgrenze auf 16 Jahre nur gut tun."

Weltoffenes Niedersachsen nicht gefährden - GRÜNE JUGEND kritisiert Innenminister

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius forderte heute im Interview mit Hallo Niedersachsen Anreize für Balkanflüchtlinge, die Reise nach Deutschland nicht auf sich zu nehmen. Diese sollten der Überbelegung der Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen entgegenwirken. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) kritisiert diese Aussagen, da sie dem Ziel einer Willkommenskultur widersprechen.

Dazu erklärt Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Boris Pistorius reiht sich mit seiner Forderung, angeblich unbegründete Flucht aus dem Balkan zu unterbinden, nahtlos in den rassistischen Diskurs von CSU, AfD und anderen rechten Kräften ein. Zwar vermeidet der Innenminister populistische Aussagen wie 'Wer betrügt, fliegt!', vertritt im Grundsatz jedoch dieselbe inhaltliche Position. Wer pauschal Flucht aus dem Balkan als unbegründet bezeichnet, stempelt die vor homophober Gewalt, politischer Verfolgung oder Armut flüchtenden Menschen aus dieser Region als Kriminelle ab. Das widerspricht dem Recht dieser Menschen auf Einzelfallprüfung und leistet der Diskriminierung von hier lebenden Geflüchteten Vorschub. Wir fordern eine Entschuldigung und einen Kurswechsel vom Minister!"

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: "Es wird immer deutlicher, dass Niedersachsen noch nicht optimal auf gestiegene Flüchtlingszahlen vorbereitet ist. Dieser Misstand muss dringend behoben werden. Den Geflüchteten hier die Schuld zuzuschieben, wird jedoch gar nichts bringen. Nur eine massive Ausweitung des finanziellen Einsatzes von Bund und Land wird dem Problem überfüllter Unterkünfte entgegenwirken können. Wenn dem Innenminister tatsächlich an guten Bedingungen für Geflüchtete gelegen ist, wäre er besser damit beraten, diese vehement beim Bund und in der eigenen Landesregierung einzufordern. Stimmungsmache gegen einzelne Flüchtlingsgruppen kann nicht das Ziel von Rot-Grün sein. Wir fordern die restlichen Kabinettsmitglieder der Regierung auf, sich von ihrem Innenminister und seiner Politik zu distanzieren!"

Hintergrund:

Grüne Jugend Niedersachsen

Interview mit Pistorius: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Pistorius-besucht-Aufnahmelager-in-Bramsche,hallonds28198.html

Freiheit für Valentin! GRÜNE JUGEND und Jusos fordern Freilassung

Mit einem Appell fordern die Jusos und die GRÜNE JUGEND aus Bremen und Niedersachsen die Freilassung des inhaftierten Bremer Fans, der auf Grund der Zwischenfälle beim vergangenen Nord-Derby in Untersuchungshaft sitzt. In dem Schreiben, welches sich an den Bremer Innensenator Ulrich Mäurer und den Polizeipräsidenten Lutz Müller richtet, kritisieren die Jugendorganisationen das Vorgehen der Polizei und fordern ein härteres Durchgreifen gegen rechte Hooligans.

„Wir sehen das aktuelle Vorgehen der Polizei als besorgniserregend an und fordern die sofortige Freilassung von Valentin. Es kann nicht sein, dass die jüngsten Vorkommnisse völlig entpolitisiert werden und die Polizei ausgerechnet die Menschen verfolgt und wegsperret, die sich gegen gewalttätige Nazis und Hooligans selbst verteidigen müssen“, so David Ittekkot, Landesvorsitzender der Bremer Jusos. „Selbstverständlich lehnen wir jedwede Form von Gewalt ab und wünschen uns ein friedliches Zusammenleben aller Menschen“, ergänzt Arne Zillmer, stellvertretender Juso-Landesvorsitzender aus Niedersachsen.

Auf einer Pressekonferenz am 2. Juli wurden Ermittlungsergebnisse zu Ausschreitungen rund um das Nord-Derby vom 19. April veröffentlicht, laut Andrea Wittrock, Leiterin der Kriminalpolizei, wolle man demnach mit der Inhaftierung Valentins „ein Zeichen gegen Gewalt“ setzen. Dabei sei es „erstmal egal, ob sie von links oder rechts kommt“.

Die Vertreter*innen der Jugendorganisationen geben sich skeptisch. „Hier wird gerade ein fatales Zeichen gesetzt, den Hooligans wird so signalisiert, dass sie freie Bahn haben und offenbar nach wie vor keine Repression befürchten müssen, während ihre Gegner*innen drangsaliert werden“, meint Alexandra Werwath, Sprecherin der Grünen Jugend Bremen. Auch das Vorgehen der Polizei am Tag des Nord-Derby werfe Fragen auf, sagt Marcel Duda, niedersächsischer Sprecher der Grünen Jugend: „Die Polizei hat die Ultras wissentlich in die Richtung der Hooligans gedrängt, in die Arme von chronischen Gewalttäter*innen. Die Verhaftung soll eigene Verfehlungen kaschieren“, so Duda.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bremen
IBAN: DE71 2001 0020 0481 9122 06
BIC: PBNKDEFF
Postbank Hamburg
Verwendungszweck: Freiheit für Valentin

Naziaufmarsch in Bad Nenndorf blockieren!

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) ruft zur Teilnahme an den Blockaden des geplanten Naziaufmarsches am 1. August in Bad Nenndorf auf.

Grüne Jugend Niedersachsen

Imke Byl, Sprecherin der GJN, erklärt: „Wie jedes Jahr wird sich am 1. August eine Gruppe Nazis für ihren sogenannten „Trauermarsch“ nach Bad Nenndorf begeben. Doch auch wir sind zusammen mit vielen anderen dieses Jahr wieder mit dabei, den Nazis zu zeigen, was wir von ihnen halten! Weder in Bad Nenndorf noch anderswo lassen wir zu, dass Nazis ihre Hetze unwidersprochen verbreiten können. Deshalb rufen wir dazu auf, diesen Aufmarsch mithilfe friedlicher Blockaden zu verhindern.“

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: „Wir lassen nicht zu, dass beim „Trauermarsch“ nationalistische Massenmörder*innen durch Geschichtsrevisionismus zu Opfern stilisiert werden. Darin hatten wir die letzten Jahre viel Erfolg. 2013 konnte der Marsch durch Blockaden sogar ganz verhindert werden. Der Naziaufmarsch in Bad Nenndorf hat leider immer noch Bedeutung in der rechten Szene und gehört zu einem der größten in Norddeutschland. Deswegen ist es umso wichtiger, ihm geschlossen entgegenzutreten. Kein Fußbreit dem Faschismus - in Bad Nenndorf und überall!“

Treffpunkt für die gemeinsame Anreise aus Hannover: Um 9 Uhr am Hauptbahnhof.

Legalize it! - Jusos und Grüne Jugend Niedersachsen fordern regulierte Abgabe von Cannabis

Die Landesvorstände der Jungen Sozialisten Niedersachsen (Jusos) und die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) widersprechen der Ansicht des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, dass eine Legalisierung von Cannabis "komplett widersinnig" sei, und fordern eine regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene.

Dazu erklärt Leonard Kuntscher, Landesvorsitzender der Jusos: "Das Verbot von Cannabis ist unsinnig und nicht mehr zeitgemäß. Es nutzt primär der organisierten Kriminalität und macht Jugendschutz sowie ehrliche Präventionsarbeit unmöglich. Das Festhalten an diesem Verbot unter Einsatz teils obskurer Argumenten hat etwas von Realitätsflucht. Die Landesregierung und auch Boris Pistorius sollten sich hier ein Beispiel an den Kolleginnen und Kollegen aus Bremen nehmen. Es ist an der Zeit, sich der Debatte über die Sinnhaftigkeit und die Wirkungskraft ehrlich zu stellen und ebenfalls auf ein Modellprojekt der kontrollierten Abgabe von Cannabis hinzuarbeiten."

Marcel Duda und Imke Byl, Sprecher*innen der GJN, ergänzen: "Eine Legalisierung von Cannabis bedeutet keine 'Freigabe', sondern stärkere Kontrolle über einen bislang völlig unregulierten Markt. Wer den Cannabisverkauf aus den Händen von kriminellen Banden etwa zu geschultem Apothekenpersonal verlagert, betreibt keine Verharmlosung, sondern Gesundheits- und Jugendschutz. Die Legalisierungserfahrungen aus den US-Bundesstaaten Alaska, Oregon, Washington und Colorado zeigen, dass der Konsum von Cannabis nicht steigt, aber die damit verbundene Kriminalität fast vollständig verschwindet. Auch in Niedersachsen hätten Polizei und Gerichte bessere Dinge zu tun, als opferlose Delikte von einfachen Konsumierenden zu verfolgen. Eine Legalisierung ist deshalb der einzige vernünftige Umgang mit Cannabis!"

Hintergrund:

Artikel mit Aussage von Pistorius: www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/602257/pistorius-cannabis-freigabe-komplett-widersinnig

Kein Platz für Burschis - GRÜNE JUGEND Niedersachsen ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 10. August in Göttingen auf

Für Montag, den 10. August 2015, ruft ein breites Bündnis zu einer Demonstration in Göttingen unter dem Motto „Die rechte Konjunktur lahmlegen. Männerbünde auflösen. Neonazis bekämpfen.“ auf. Diese wird um 19 Uhr am Gänseliesel beginnen.

Anlass für die Demonstration sind die in den letzten Wochen vermehrt auftretenden Übergriffe von Burschenschaften und Neonazis auf andere Menschen: Am 11. Juli wurde ein Paar in der Göttinger Innenstadt von einem Northeimer Neonazi angegriffen. Drei Tage später zerrte ein Mitglied der Landsmannschaft Verdensia einen Sprecher der Wohnrauminitiative vom Fahrrad, welcher sich dabei am Knie verletzte. Am 19. Juni wurde aus dem Haus der Burschenschaft Germania auf das offene Fenster eines gegenüberliegenden linken Wohnraumprojektes mit einer Luftdruckwaffe geschossen.

Imke Byl, Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN) erklärt dazu: "Die Gesellschaft kann nicht länger die Augen vor zunehmender rechter Gewalt verschließen. Dieser gilt es sich aus antifaschistischer und feministischer Perspektive konsequent entgegenzustellen. Wir lehnen jede Form von Verbindungen und insbesondere Burschenschaften ab, da diese sich vor allem durch den Ausschluss von Frauen, durch Homophobie, elitaristische Seilschafterei, völkisches Brauchtum und nationalchauvinistische Einstellungen charakterisieren. Nicht alle Verbindungen sind gleich "rechts", aber so gut wie alle sind männerbündisch und explizit antifeministisch."

Marcel Duda, Sprecher der GJN ergänzt: "Verbindungen transportieren ein nicht nur konservatives, sondern oft nationalchauvinistisches, sexistisches und homophobes Gedankengut! Einige, insbesondere die Deutsche Burschenschaft, verstehen sich auch als explizit politisch und versuchen offensiv, ihre reaktionären Ideologien in die Gesellschaft hereinzutragen. Doch auch solche, die sich als unpolitisch verstehen oder geben, sorgen durch ihren Elitenklüngel dafür, dass antiemanzipatorisches Gedankengut an den Schaltstellen der Gesellschaft verbreitet wird. Verbindungen sind deswegen ein politischer Gegner der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen!"

Den Aufruf zur Demonstration am 10.08 finden Sie hier:

<http://gj-goettingen.de/10-8-demonstration-gegen-studentenverbindungen-neonazis-und-rechte-gewalt/>

Nähere Informationen zu den Ereignissen finden Sie in einem Artikel des Deutschlandfunks:

http://www.deutschlandfunk.de/gewalt-an-der-uni-protest-gegen-burschenschaften-in.680.de.html?dram%3Aarticle_id=326892

Kein Platz für „Die Rechte“ in Goslar! – GRÜNE JUGEND ruft zu Protesten gegen Nazis auf

Die neonazistische Partei „Die Rechte“ ruft für den 29.8. zu einer Kundgebung gegen den Goslarer Bürgermeister Oliver Junk und dessen Asylpolitik auf. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) unterstützt die Gegenproteste des „Bündnis gegen Rechtsextremismus Goslar“. Die Gegenkundgebung des Bündnisses wird ab 13 Uhr in der Rosentorstraße vor dem alten Standesamt stattfinden. Geplantes Ende der Gegenkundgebung ist 18 Uhr.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: „Mit ihren menschenfeindlichen Parolen versucht die Partei ‚Die Rechte‘ bereits seit Längerem, in Südniedersachsen gegen eine offene Gesellschaft zu mobilisieren. Sie wollen die wirtschaftliche Situation vieler Menschen in dieser strukturschwachen Region dazu nutzen, ein Klima von Angst und Hass zu verbreiten. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir rufen alle, die für eine offene Gesellschaft kämpfen, dazu auf, den antifaschistischen Widerstand gegen die rassistische Hetze der Rechten in Goslar zu unterstützen.“

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: „Mit seiner Forderung, mehr Flüchtlinge als vorgeschrieben in Goslar aufzunehmen, hat der Bürgermeister von Goslar letztes Jahr einen Gegenpunkt zur negativ gefärbten Asyldebatte gesetzt. Auch wenn wir die vorgebrachte standortpolitische Begründung ablehnen, ist dieser Vorstoß für eine offenere Asylpolitik zu begrüßen. Dass Oliver Junk damit zur Zielscheibe für Rechte wird, war leider nur eine Frage der Zeit. Wir wollen am 29.8. zeigen, dass Kommunalpolitiker*innen keine Angst vor dem rechten Mob und seinen Einschüchterungsversuchen haben müssen. Dafür brauchen wir eine breite und große antifaschistische Gegendemonstration!“

Hintergrund:

Der Vorstoß, mehr Geflüchtete in Goslar aufzunehmen, wurde bisher aufgrund der fehlenden Zuständigkeit der Stadt für die Verteilung von Asylsuchenden nicht umgesetzt. Die Partei „Die Rechte“ ist in Südniedersachsen bislang vor allem durch Demonstrationen und Aktionen mit dem Schwerpunkt Hildesheim in Erscheinung getreten; zuletzt am 21.3.2015, als eine Demonstration in Hildesheim breitem Protest begegnete.

Links:

Bericht über den Vorstoß des Goslarer Bürgermeisters: www.zeit.de/2014/49/fluechtlingegoslar-buergermeister;

Bericht über die Demo der Rechten im März: www.taz.de/!5015702/;